

Einleitung

Der Begriff der Biopolitik hat eine bemerkenswerte Karriere hinter sich. War er bis vor kurzem nur wenigen Fachleuten bekannt, findet er heute eine immer größere Resonanz. Das Spektrum seiner Verwendungsweisen reicht inzwischen von der Asyl-Politik über die AIDS-Prävention bis hin zu Fragen des Bevölkerungswachstums. Er bezeichnet die Unterstützung landwirtschaftlicher Produkte ebenso wie die Förderung medizinischer Forschung, strafrechtliche Bestimmungen zur Abtreibung und Patientenverfügungen zum Lebensende.¹ Aber nicht nur die empirischen Gegenstände, auch die normativen Wertungen fallen weit auseinander. Bei »Biopolitik« denken die einen an eine rationale und demokratische Gestaltung der Lebensverhältnisse, während andere sie mit Praktiken der Aussonderung, mit Krankenmord, Eugenik und Rassismus in Verbindung bringen. Der Begriff taucht bei Vertretern der Alten Rechten ebenso auf wie in neueren linksradikalen Texten, es verwenden ihn Kritiker des biotechnologischen Fortschritts, aber auch dessen Befürworter, erklärte Rassisten wie bekennende Marxisten.

Offenbar meint jeder etwas anderes, wenn von Biopolitik die Rede ist. Dabei scheint doch klar zu sein, was der Begriff bezeichnet. Dem Wortsinn nach meint Biopolitik die Politik, die sich mit dem Leben (griech.: *bíos*) befasst. Aber hier fangen die Probleme schon an. Denn was für die einen wie eine Banalität klingt (»Befasst sich Politik nicht immer mit dem Leben?«), ist für andere ein Ausschlusskriterium: Politik beginne erst dort, wo das biologische Leben ende. Biopolitik gilt hier als Oxymoron, als Zusammenschluss zweier sich widersprechender Begriffe, denn Politik im klassischen Sinn ist gemeinsames Handeln und Entscheiden, eben das, was über das »nur«

¹ Vgl. etwa die Beiträge in einem kürzlich veröffentlichten »Lexikon der Biopolitik« (Brandimarte et al. 2006).

Kreatürliche und Körperliche hinausgeht. Auch über historische Grenzziehungen herrscht wenig Einigkeit: Reicht Biopolitik bis in die Antike, möglicherweise sogar bis zur Entstehung der Landwirtschaft zurück, oder ist sie Resultat biotechnologischer Neuerungen in der jüngeren Gegenwart und bezeichnet die »Schwelle eines neuen Zeitalters« (Mietzsch 2002, 4)?

Das vorliegende Buch soll Klarheit in das begriffliche Wirrwarr bringen und eine grundlegende Orientierung vermitteln. Da es sich um die erste Einführung in das Themenfeld der Biopolitik handelt, kann sie für diese Aufgabe nicht auf Vorlagen oder einen etablierten Kanon der Auswahl und Einteilung zurückgreifen. Ebenso fehlt es an eindeutigen disziplinären Konturen. »Biopolitik« bezeichnet ein theoretisches und empirisches Feld, das Fächergrenzen überschreitet und etablierte akademische und intellektuelle Arbeitsteilungen unterläuft. Vor diesem Hintergrund verfolgt diese Einführung ein doppeltes Ziel. Sie soll einerseits einen systematischen Überblick über die Geschichte des Begriffs der Biopolitik liefern und andererseits dessen Bedeutung in aktuellen Theorie-Debatten erläutern.

Angestrebt wird allerdings keine neutrale Wiedergabe oder repräsentative Darstellung der verschiedenen historischen und zeitgenössischen Verwendungsweisen; die unterschiedlichen biopolitischen Konzepte werden im Gegenteil unter einer eigenständigen theoretischen Perspektive analysiert. Der Grund dafür ist systematischer Natur. Die Definition von Biopolitik und die Spezifizierung ihres Gegenstandsbereichs sind keine wertfreien Aktivitäten, die einer universellen und objektiven Forschungslogik folgen, sondern immer schon Bestandteile eines beweglichen und konflikthaften (theorie-)politischen Feldes. Jede Antwort auf die Frage, welche Prozesse und Strukturen, welche Rationalitäten und Technologien, welche Epochen und Zeitabschnitte durch genuin »biopolitische« Problemstellungen gekennzeichnet sind, ist das Ergebnis einer spezifischen Perspektive, der immer etwas Partikulares und

Selektives anhaftet. Jede Bestimmung von Biopolitik muss daher ihr analytisches und kritisches Potenzial gegen die »blinden Flecken«, die Leer- oder Schwachstellen konkurrierender Deutungsvorschläge profilieren.

Ausgangspunkt für das hier vorgeschlagene Analyseraster ist die polare Grundkonstellation, die in der Zusammenführung von Leben und Politik zum Begriff der Biopolitik prinzipiell angelegt ist.² Die vorliegenden Konzepte unterscheiden sich danach, auf welchen Bestandteil des Wortes sie den Akzent legen. Entsprechend lassen sich naturalistische Konzepte, die das Leben als Grundlage der Politik begreifen, von politizistischen Ansätzen abgrenzen, die Lebensprozesse als Gegenstand der Politik in den Blick nehmen. Die vermeintliche Naturbasis der Politik steht im Mittelpunkt eines heterogenen Ensembles von Theorien, das im ersten Kapitel vorgestellt werden soll und von den organizistischen Staatskonzepten des beginnenden 20. Jahrhunderts über rassistische Argumentationsmuster im Nationalsozialismus und in der Alten und Neuen Rechten bis hin zu biologistischen Ansätzen in der zeitgenössischen Politikwissenschaft reicht. Der politizistische Gegenpol fasst »Biopolitik« als ein Handlungsfeld oder Teilgebiet der Politik, das sich mit der Regulierung und Steuerung von Lebensprozessen beschäftigt. Diese Interpretationslinie taucht seit den 1960er Jahren im Wesentlichen in zwei Formen auf: zum einen als ökologische Biopolitik, die konservative und defensive Ziele verfolgt und die Politik auf die Sicherung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet; zum anderen in einer technikbezogenen Lesart, deren Vertreter eher an der dynamischen Entfaltung und ökonomisch-produktivistischen Erweiterung interessiert sind. In letzterer Hinsicht soll Biopolitik ein neues Politikfeld bezeichnen, das als Resultat medizinischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse und deren technologischer Umsetzung entsteht. Diese Deutung ist heute besonders populär und wird regelmäßig in den Diskursen der Politik und der Medien zitiert, um die

² Für anders ansetzende Systematisierungsvorschläge vgl. Heins/Flitner 1998; Buchstein/Beier 2004.

sozialen und politischen Folgen und Potenziale biotechnologischer Innovationsprozesse zu beschreiben oder zu propagieren. Den unterschiedlichen Facetten des politizistischen Diskurses spürt das zweite Kapitel nach.

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass beide Interpretationslinien entscheidende Dimensionen biopolitischer Prozesse nicht erfassen. Bei allen Unterschieden teilen die politizistische und die naturalistische Position wichtige Grundannahmen. Sie beruhen auf einer stabilen Hierarchie und auf einem äußerlichen Verhältnis von Leben und Politik. Sehen die Vertreter des Naturalismus das Leben »unterhalb« der Politik, wobei es politisches Denken und Handeln anleiten und erklären soll, bestimmt die Gegenseite Politik »oberhalb« des Lebens; sie sei mehr als »nur« Biologie und gehe über die Notwendigkeiten biologischer Existenz hinaus. Beide grundlegenden Perspektiven auf das Problem der Biopolitik halten jeweils einen Pol des Bedeutungsfelds stabil, um von dorthin Variabilitäten im jeweils anderen zu erklären. Damit verfehlen sie jedoch die in der Konjunktur des Begriffs der Biopolitik virulent werdende Instabilität der Grenze zwischen »Leben« und »Politik« und die Einsicht in die Relationalität und Historizität der scheinbar voneinander isolierten Pole. Der Begriff der Biopolitik signalisiert vielmehr eine Art doppelte Negation (vgl. Nancy 2002): Anders als in der naturalistischen Position vorausgesetzt, stellt das Leben keine stabile ontologische und normative Referenz dar. Spätestens mit den biotechnologischen Innovationen zeigt sich, dass Lebensprozesse in einem Maße gestaltbar geworden sind, dass jede Vorstellung einer vom menschlichen Handeln unberührten Natur überholt erscheinen lässt. In dieser Hinsicht kann Natur nur noch als integraler Bestandteil von Natur-/Gesellschaftsverhältnissen begriffen werden. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass Biopolitik für eine signifikante Veränderung des Politischen steht. Das Leben ist nicht nur Gegenstand politischen Handelns und tritt mit diesem in ein äußerliches Verhältnis, sondern affiziert den Kern des Politischen. Biopolitik ist weniger Ausdruck des Willens

eines Souveräns, sondern zielt auf die Verwaltung und Regulation von Lebensprozessen auf der Ebene der Bevölkerung. Sie hat es eher mit Lebewesen als mit Rechtssubjekten zu tun – oder genauer: mit Rechtssubjekten, die zugleich Lebewesen sind. Ebenso wenig kann Biopolitik vollständig auf Politik im Sinne bewusst geplanter Handlungen von Akteuren oder Akteurskollektiven mit mehr oder weniger konkreten Zielen heruntergerechnet werden. Dies liegt zum einen an dem großen Feld nicht-intendierter Handlungsfolgen;³ zum anderen aber auch daran, dass biopolitische Phänomene sich prinzipiell nicht auf Handlungen bzw. Handlungsfolgen beschränken lassen, sondern – wie sich zeigen wird – auch Wissensformen, Kommunikationsstrukturen und Subjektivierungsweisen umfassen.

Gegen die naturalistische und die politizistische Lesart soll hier ein relationaler und historischer Begriff der Biopolitik vorgeschlagen werden, den als Erster der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault entwickelt hat. Demnach bezeichnet Leben weder die Grundlage noch den Gegenstand der Politik, sondern deren Grenze – eine Grenze, die zugleich respektiert und überwunden werden soll, die gleichermaßen als natürlich und vorgegeben wie als künstlich und revidierbar erscheint. »Biopolitik« steht bei Foucault zunächst für eine Zäsur innerhalb der Ordnung des Politischen: den »Eintritt der Phänomene, die dem Leben der menschlichen Gattung eigen sind, in die Ordnung des Wissens und der Macht, in das Feld der politischen Techniken« (1977, 169). Foucaults Begriff der Biopolitik setzt die Abstraktion »des« Lebens von dessen substanzhaften Trägern voraus. Gegenstand der Biopolitik sind nicht singuläre menschliche Existenzen, sondern deren biologische Eigenschaften, die auf der Ebene von Bevölkerungen erhoben werden. Erst durch diese Abstraktionsleistung lassen sich Normen definieren, Standards festlegen und Durchschnittswerte ermitteln.

³ Das einschlägige Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass individuelle Fortpflanzungsentscheidungen und der Einsatz pränataldiagnostischer Untersuchungen zusammengenommen »eugenische« Effekte auf Bevölkerungsebene entfalten können.

»Leben« wird so zu einer selbstständigen, objektivierbaren und messbaren Größe und zu einer kollektiven Realität, die von den konkreten Lebewesen und der Partikularität individueller Lebenserfahrung abgelöst werden kann.

Der Begriff der Biopolitik verweist hier auf die Entwicklung eines spezifischen politischen Wissens und neuer Disziplinen wie Statistik, Demografie, Epidemiologie und Biologie, die Lebensprozesse auf dem Niveau von Bevölkerungen analysieren, um Individuen und Kollektive mittels korrigierender, exkludierender, normalisierender, disziplinierender, therapierender oder optimierender Maßnahmen zu »regieren«. Foucault verweist darauf, dass im Rahmen einer Regierung von Lebewesen die Natur keinen autonomen Bereich darstellt, in den prinzipiell nicht eingegriffen werden kann, sondern vom Regierungshandeln selbst abhängt; sie ist kein materielles Substrat, auf das die Regierungspraktiken Anwendung finden, sondern ihr ständiges Korrelat. Hier spielt der eigentümliche Subjekt-Objekt-Status der politischen Figur »Bevölkerung« eine wichtige Rolle. Steht diese einerseits für eine von politischen Interventionen prinzipiell unabhängige, sich durch eine ihr eigene Dynamik und Selbststeuerungskompetenzen auszeichnende kollektive Realität, ist andererseits diese Autonomie keine absolute Grenze politischer Interventionen, sondern im Gegenteil deren privilegierte Referenz. Die Entdeckung einer »Natur« der Bevölkerung (etwa Geburten- und Sterblichkeitsraten, Krankheitsraten etc.) ist die Bedingung der Möglichkeit ihrer gezielten Steuerung. Das dritte Kapitel stellt die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs der Biopolitik bei Foucault vor, um dann in den folgenden Kapiteln Anschlusslinien, Korrekturvorschläge und Weiterentwicklungen nachzuzeichnen.

Die Schriften von Giorgio Agamben und die Arbeiten von Michael Hardt und Antonio Negri sind zweifellos die prominentesten Beiträge zur Aktualisierung des foucaultschen Begriffs der Biopolitik. Beide Theorien weisen Prozessen der Grenzziehung bzw. der

Entgrenzung eine strategische Rolle zu. Bestimmt nach Agamben die prinzipielle Trennung zwischen »nacktem Leben« – dem auf seine biologischen Funktionen reduzierten Dasein – und der rechtlichen Existenz die politische Geschichte des Abendlandes seit der Antike, analysieren Hardt und Negri eine neue Etappe kapitalistischer Vergesellschaftung, die sie durch die Auflösung der Grenzen zwischen Ökonomie und Politik, Reproduktion und Produktion gekennzeichnet sehen. Lautet Agambens Kritik an die Adresse Foucaults, dass die moderne Biopolitik auf dem soliden Fundament einer vormodernen Souveränitätsmacht beruhe, so werfen Hardt und Negri Foucault vor, dass dieser die Transformation einer modernen in eine postmoderne Biopolitik nicht erkannt habe. Ihre jeweiligen Beiträge zur Diskussion sind Gegenstand des vierten und fünften Kapitels.

Im Mittelpunkt der folgenden Kapitel stehen zwei Hauptstränge der Foucault-Rezeption. Der erste fokussiert auf den Modus des Politischen und geht der Frage nach, inwiefern biopolitische Fragestellungen sich historisch und systematisch von »klassischen« Formen politischer Repräsentation und Artikulation unterscheiden. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt hier auf den Arbeiten von Agnes Heller und Ferenc Fehér und deren These einer Regression der Politik durch die wachsende Berücksichtigung biopolitischer Belange, dem Konzept der Lebenspolitik bei Anthony Giddens (der sich allerdings nicht explizit auf Foucault bezieht) und schließlich der Idee der Biolegitimität bei Didier Fassin (Kapitel 6). Die zweite Rezeptionslinie interessiert sich für die Substanz des Lebens und untersucht, ob sich im Zuge eines erweiterten, biotechnologisch gestützten Zugriffs auf Lebensprozesse und den menschlichen Körper auch Grundlagen, Mittel und Ziele biopolitischer Interventionen verändern (Kapitel 7). Diskutiert werden in diesem Zusammenhang die in kritischer Weiterführung foucaultscher Thesen entwickelten Vorstellungen einer Molekular-, Thanato- und

Anthropopolitik sowie die Konzepte der Biosozialität (Paul Rabinow) und der Ethopolitik (Nikolas Rose).

Das neunte Kapitel widmet sich einem bislang unterbelichteten Bereich der Biopolitik und präsentiert eine Reihe theoretischer Konzepte, die zeigen, dass die Politisierung des Lebens kaum von dessen Ökonomisierung zu trennen ist. Das Spektrum reicht hier von der Vorstellung einer »Menschenökonomie«, die der österreichische Sozialphilosoph und Finanzsoziologe Rudolf Goldscheid zu Beginn des 20. Jahrhunderts skizziert, über die Idee einer Vitalpolitik im deutschen Nachkriegsliberalismus und die Humankapitaltheorie der Chicagoer Schule bis hin zu Visionen einer »Bioökonomie« in aktuellen politischen Aktionsprogrammen. Vorgestellt werden auch einige jüngere sozialwissenschaftliche Arbeiten, die das Verhältnis von biowissenschaftlichen Innovationen und Transformationen des Kapitalismus kritisch beleuchten. Das letzte Kapitel synthetisiert die Weiterentwicklungen und Korrekturen des foucaultschen Begriffs der Biopolitik in einer »Analytik der Biopolitik« und erläutert, worin der theoretische Mehrwert einer solchen Untersuchungsperspektive besteht und wie sie sich vom bioethischen Diskurs unterscheidet.

Wenn sich diese teilweise sehr heterogenen Kapitel zu einem Ganzen fügen und daraus eine »lebendige« Einführung (im Sinne einer anschaulichen und verständlichen Darstellung) in das Feld der Biopolitik geworden ist, dann ist dies vor allem jenen Ratgebern und Lesern zu danken, die an der Fertigstellung des Manuskripts in direkter oder indirekter Weise mitgewirkt haben. Wertvolle Anregungen und nützliche Hinweise erhielt ich von Martin Saar, Ulrich Bröckling, Robin Celikates, Susanne Krasmann, Wolfgang Menz, Peter Wehling, Caroline Prassel und Heidi Schmitz. Für technische Hilfe bei der Fertigstellung des Manuskripts danke ich Ina Walter, für ein sorgfältiges Lektorat ist Steffen Herrmann zu danken. Die konstruktiven Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Sozialforschung haben geholfen, meine

Gedanken zu präzisieren. Zu danken ist schließlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die die Arbeit an dem Buch durch ein Heisenberg-Stipendium gefördert hat.